

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 18. Juni 2026

Gemeinderat der Großen Kreisstadt #Backnang, es fehlen die Räte Weller (e), Sturm, Lohrmann (e), Hettich (e). Gschenke für Fr. Klinghoffer und Fr. Kress wg. Geburtstag. OB Friedrich ruft TOP1 auf, begrüßt Referent 1* und Referentin 2**. Zunächst aber Dez. Mäule zum Resilienzzentrum.

*wahrscheinlich Hr. Möhler oder Wöhler, keine Vorlage mit Namensnennung

**wahrscheinlich Fr. Richter

Niederschwellige Angebote als Baustein z. Vorbereitung auf Krisensituationen. Das Mikro funktioniert nicht, Hr. Mäule muss lauter schwätza. Die IT hilft bei der Problembehebung. Jetzt geht's los. Das RZ will aufklären, stärken, begleiten um die Gesellschaft resilienter zu machen.

Das Zentrum soll mit allen Hilfsorganisationen und Kommunen betrieben werden, so Referent 1. Phase 1: Niederschwellige Info zum Bevölkerungsschutz. Jetzt zu Phase 2. Auszug aus dem Vortragsspektrum von Stressbewältigung bis Krankheitsbildern. Phase 3: Notfallvorsorge (Grundlagen).

Sturm ist da. Phase 4 soll der Aufbau von Projekten und Kooperationen sein, Bsp. Altenheim. Jetzt Fragen. Hr. Härtner spricht Starkregen an, fragt wegen Ausbildung von Notfallhelfern aus der Bevölkerung. Fr. Kutteroff betont, man müsse viele Leute ansprechen, gibt es da Planung?

Dr. Ulfert fragt wegen Vergütung, betont Notwendigkeit von Training für Krisensituationen. Wer ist da zuständig? A. Bauer wegen Hochwasser; Beantwortung. Info sei ein wichtiges Thema, so Referent 1, man könne nicht alle Leute im RMK mit den Vorträgen erreichen. Hilf-spontan-App.

Dazu Referentin 2, zur Vernetzung. Zur Quali und Fortbildung fürs Ehrenamt, Erreichen von allen Bürgern. Es dürfen keine falschen Daten über Helfer erhoben werden, so Referent 1. Referentin 2 zu den Veranstaltungen. Weiter zu "Backnang schockt" zu 1. Hilfe mit Defi. Wird aufgebaut.

Hr. Mäule zu Notfallhelfern, Zuständigkeiten, Notlagen wie Hochwasser und organisationsübergreifende Information. Alle Daten sind auf der Homepage funktioniert. Notfallpunkte bei Blackout am Rathaus und in den Stadtteilen. Weiter zu Wiederaufbau von Sirenen und Signalen.

Hr. Franke betont Eigenverantwortung der Bürger, fragt nach Beispielen für Niederschwelligkeit der Angebote.

Dr. Schweizer fragt nach Netzausfall, Szenarien.

Dr. Ulfert möchte wissen, wer in den letzten 30 J. die Anforderungen an Helfer hochgeschraubt hat; Integration migr. Jugendlicher.

Hr. Michelfelder zur Krisenvorsorge und was Hilfsorganisationen leisten können, zunehmende ökologische Katastrophen. Jetzt zur Beantwortung; Versicherung von Helfern, Mobilfunknetz, Anforderung an Helfende, Niederschwelligkeit von Fortbildungen, Integration, übergr. Zusammenarbeit.

Hr. Mäule zu Sirensignalen und zu analogen Medien, Notstromaggregaten und Ersatzversorgung, Lautsprecherdurchsagen.

Prof. Brunold zu ökologischen Katastrophen und den Schäden, fordert stärkere Vorsorgemaßnahmen. Adaption des Klimawandels, zum RRB Oppenweiler und Zersiedlung.

Er betont, dass man sieben Becken brauche und nicht nur eines.

Hr. Härtner fragt nach Notfallhelferausbildung; diese sei organisationsdefiniert, so Hr. Mäule. Referent 1 zu Begriffsdefinitionen. Nachfrage von Hrn. Härtner wg. zentraler Helferdatei. Dazu Hr. Mäule, man habe Listen

Diese Rückgrifflisten sind Teil der Notfallpläne; man kann situationsbezogen die Helfer aktivieren. Der OB stellt Kenntnisnahme fest.

**Protokoll der Gemeinderatsitzung
Donnerstag 18. Juni 2026**

TOP 2 Finanzzwischenbericht, Vorrede OB. Nur 7% der Kommunen sind noch handlungsfähig, so der Städtetag. Massive Herausforderungen für #Backnang.

22.6. Aktionstag Kommunen am Limit. Was heißt das? Weniger ÖPNV, keine Bäder, Abstriche in vielen Bereichen. -10 ME unter Planansatz wg. Sonderabschr. zur Gewerbesteuer. Dazu verletztes Konnexitätsprinzip. Man müsse mit HAUSHALTSSPERRE gegensteuern. Invest für 2026 nicht betroffen.

Jede Leistung muss auf Prüfstd.; Einnahmeverbesserungen. Ziel muss genehmigungsf. Haushalt sein. Zurück z. Turnus Haushalt im Herbst.
Jetzt Herr Zipf. Gewerbesteuereinbruch, Konnexität verletzt, Verluste hierdurch. Aufwendungen im Schulbereich (Sozialarbeit, Inklusion, Betreuung)

Außerdem Kita-Qualitätsgesetz, Nettokosten je Platz jetzt >10k. Außerdem Anstieg Kreisumlage. Verluste bei Schulen 5,8M seit 2016, bei Kitas 19,2M seit 2018, Kreisumlage 18,1M seit 2018, Summe 25M/J. Dazu Themen wie 2b UStG, betragsfreies letztes Kitajahr. Man sei in der Zange.

Konsolidierung in 2025 400k, 2026 1,6M bereits berücksichtigt. Weiter Stellenreduktionen notwendig (-9,26 St.). Ergebnis 2025: Verbesserung Zahlungsmittel 3.57M bereits berücksichtigt, weitere Verbesserung um 1,76M, Ausgleich für Ausfälle bei GewSt. Zahlen aber nicht erfreulich.

Investiver Mittelabfluss nur zeitverzögert; wesentliche Verbesserungen und Verschlechterungen auf Folie. Ergebnis 1,7M über Prognose. Durch Auflösung Trägerdarlehen von 5M rechtmäßiger Haushalt. Planwerte Haushalt, nicht ausgleichbare Fehlbeträge 2028 und 29. Verschuldung >60 M!

Aktuelle Verbesserungen/Verschlechterungen, Gewerbesteuereinbruch. 2025 Ansatz 25M, Ergebnis 35M; 2026 Ansatz 27,5M, Zurückentwicklung der Steuer, Stand Juli 17,5M. Verschlechterungen im Finanz- und Ergebnishaushalt, ohne Genehmigung keine Kreditaufnahme. Hr. Zipf: Handlungszwang

Strategien, 1. Investitionsprogramm, 22,4 M aus Sondervermögen Bund zur Schulden- und Zinsreduktion. Dann Rückgang der Verschuldung auf 51M. 3,5M Restmittel LuKIFG-Maßn. noch abrufbar, 2.1M davon für 2026 veranschlagt. Einsparungen für Ergebnishaushalt 6,23 M, u.a. durch HHSperre.

Ausblick Haushaltsplan 2027, Reduzierung freiw. Aufgaben, Gebührenanpassungen, Grund- u. GewSt-Erhöhung als letzte Maßnahmen.
Hr. Dobler möchte wissen, wo #Backnang im Ranking der Kommunen steht. Zu Pflicht- und freiw. Aufgaben, Bsp. Stadtticket. Aufrechterhltg. des lfd. Betriebs.

Weiter zu Überträgen und Vertrauensschutz. Sparen an Straßenfest-Goodies für StR. Fr. Kirschbaum zu den Kürzungen an Schulen von 10% vom Land, heute weitere 10%. Es betrifft v.a. AGs und technische Fächer. Hausmeisterpool für Umzüge. Hr. Härtner zum Antrag Grüne Erhöhung der GrdSt,..

außerdem zu Anwohnerparken, Gebühren, GewSt-Erhöhung kein Thema, aber Abschreibungsmöglichkeit vom Bund auch Verletzung der Konnexität.
Hr. Franke hält es für zentrale Frage, wie man zu den Einsparungen kommt. Zu Straßenfest und Pflichtaufgaben, was ist Daseinsvorsorge noch?

Kostenfreies 3. Kitajahr könne man schieben. Städtetag und Kommunen müssten politisch aktiv werden. J. Bauer mahnt an, dass 1/2 Jahr schon verspielt wurde. Selbstständige, Leistungsträger seien steuerlich am Limit. Bürgermeister sollten sich gg Berlin zusammenschließen. Krise hat man kommen sehen

Situation war vorhersehbar, so Michelfelder, man habe komm. Schuldenbremse gefordert. Kritik an Betrieb

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 18. Juni 2026

Rathäusle Steinbach, Passwesen dort schon nicht mehr, und am Vorhalt von U3-Plätzen. Klientelpolitik sei verfehlt, Gremium #Backnang habe gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Lob für Wiederinbetriebnahme Ampelblitzer Adenauerplatz, Investition in Verkehrssicherheit. Kommunalverwaltung strukturell gg Strich bürsten.

Stabsleitung bei 10 Personen verzichtbar. Strukturen gezielt optimieren. Hr. Vollmer fragt zum Anwohnerparken, Blitzer in Zell, Einnahmen.

Was passiert bei nicht genehmigungsfähigen Haushalt, gibt es im Kreis Haushaltssperre, kann Kommune Bund oder Land verklagen? OB Friedrich bei der Beantwortung, #Backnang gehört zu 45% stark eingeschr. Kommunen, Zielsetzung im Kreis stabile Kreisumlagen, bei Mehraufwand Klinik.

2-3% mehr Kreisumlage; Kreis sei umlagefinanziert, nicht genehmigungsfähiger Haushalt theoretisch möglich. Klagen auf Konnexität bisher nicht erfolgreich, aber wenn nur noch Pflichtaufgaben erfüllt werden könnten besteht Chance. Hr. Zipf zu Sachkostenbeiträgen, reichen aber nicht.

OB zu J. Bauer, Haushalt erst im April genehmigt, daher erst 2 Monate rum, Mittelabfluss habe später begonnen; zur Interimswirtschaft. Weiter zu Michelfelder, Moratorium und Schuldenbremse. Fr. Wüllenweber zu Fr. Kirschbaum, Kommunikation mit den Schulleitern, Gespräche laufen.

Hr. Zipf zu Franke, differenziertes Vorgehen; Sparziele für die Ämter, Dezernate Gemeinschaftsaufgabe. Erleichterung bei Abschreibung nicht absehbar. Wegen GewSt-Einbruch erst 10, dann 20% Kürzung. EBM Setzer zum Anwohnerparken, im Gesamtkontext Parkraummanagement vereinbart.

Nach der Sommerpause soll Konzept vorgestellt werden, aber es kommen keine riesigen Summen raus, so Setzer. Blitzer seien nicht als Einnahmequelle gedacht, so Dez. Mäule. OB fragt nach, auf welche Punkte noch nicht eingegangen wurde. Dobler zu Überträgen und zu Befugnis Dezernate

Herr Zipf in der Beantwortung, der OB ergänzt.

Dr. Ulfert zu pauschalen Kürzungen, schafft man das? Aufgabe des GR sei Finden der 1,6M. Man müsse sparen und erhöhen. RMK habe bei Klinik Hausis gemacht. Da ginge nichts mehr wegzusparen. Schieben von Maßnahmen. Jetzt Dr. Schweizer

"Der Jahreszyklus besteht weiterhin", nur auf einem anderen Niveau. Nur 51M statt 63M durch Verschiebung nach Berlin. Man könne Sperre bei Verbesserung wieder aufheben.

Fr. Kutteroff zur Einbindung von Mitarbeitern. Man müsse Bundes- und Landespolitiker in die Pflicht nehmen. Verständnis in Bevölkerung?

Jetzt habe man noch die Möglichkeit, einzugreifen.

Prof. Brunold mit Lob an Franke, bringt Verzicht auf Beförderung und Stellenhebung ins Spiel. Angebote f. ältere Menschen niemals kürzen. Nicht an die Steuern, es trifft Mieter und Leistungsträger; zu Krediten und Konsolidierung

Dr. Balz lobt Franke wegen Ablehnung der GewSt-Erhöhung, er sei Einziger in SPD mit wirtsch. Sachverstand.

Zu Kutteroff, die Bürger verstünden nichts mehr.

Die Bürger geben Antwort an der Urne.

Bürger interessieren Brandbriefe nicht, Flagge zeigen. Es brauche massiven Protest.

Fr. Sturm findet Aktion am 22.6. schwierig. Man könne jetzt nicht mehr machen. Plädoyer für aktuelle VVS-Tarifzonen (kosten 48M/J.)

A. Bauer fragt wegen Klage von Schorndorf, was würde so eine Klage kosten; Catering.

Hr. Franke möchte lfd. aktuelle Informationen zur Finanzlage.

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 18. Juni 2026

Dr. Schwarze weist auf Wichtigkeit weiterer Wirtschaftsförderung hin, Ausweisung von Gewerbegebieten wichtig; außerdem zu Ermächtigungüberträgen.

Der OB in der ausführlichen Beantwortung, ergänzt v. Herrn Zipf. Fr. Klinghoffer bittet um Streichung von Punkt 2. der Sitzungsvorlage

Der OB formuliert den Satz um, "nach Gremienbeschluss" wird in 1. ergänzt. 2. müsse gestrichen werden, so Fr. Klinghoffer. Der OB stellt die Formulierung klar. Es wird en bloc abgestimmt.

24 Ja mit OB, 2 Enthaltungen (Dobler, Kirschbaum).

TOP 3 Übernachtungssteuer, Hr. Zipf.

Sie soll zum 1.1.28 eingeführt werden, die Beteiligten sollen informiert werden. Bei der Zweitwohnungssteuer wird der 1.1.27 empfohlen. FAG-Effekt stünde im Vordergrund, so Hr. Zipf. Hr. Härtner kann mit 2028 nicht leben, DEHOGA kann informiert werden, 6 Monate Zeit genug.

Hr. Michelfelder würde gern Einzelbeträge für Übernachtungssteuer.

Dr. Balz möchte Zahlen, wie viele Leute es betrifft. Leute, wo in #Backnang arbeiten und unter der Woche hier leben würden belastet.

Dr. Ulfert möchte Größenordnung, realistische Zahlen. Wie kommt man auf Ansatz

Dr. Schweizer schlägt 1.7.27 als Kompromiss für Bettensteuer vor. Hr. Zipf zum Arbeitspensum für die Kämmerei. Vorbereitungsarbeiten, man prüfe noch 2 bzw. 3€, brauche Zeit, auch bei Nebenwohnsitzen.

Der OB zur Abstimmung unter den Kommunen. Keine Hauruckaktion ggü. Hotels.

Hr. Michelfelder zur Möglichkeit der personellen Unterstützung durch andere Ämter.

Prof. Brunold vermutet wg. Personal ein mögliches Nullsummenspiel. Effekt der Abmeldung anderer Erstwohnsitze. Der OB erinnert daran, dass die ESt am Erstwohnsitz entrichtet wird. Mäule zu Stellen.

Hr. Michelfelder zu Synergie mit anderen Kommunen; man werde mit geringstmöglichen Personaleinsatz agieren, so Hr. Zipf. OB Friedrich schlägt vor, dass man die Zahlen vorbereite. Hr. Dobler subsummiert, dass Bettensteuer beschlossen werden könne, da sie unstrittig sei. #Backnang

Sein Personal sei auf Kante, so Hr. Zipf, man müsse jetzt die Gebührenkalkulationen machen. Fr. Kutteroff springt ihm bei. Sie spricht sich für die Beibehaltung des akt. Beschlussvorschlg. aus. Der OB will über den Antrag abstimmen lassen. Fr. Klinghoffer beantrag getrennte Abstimmung.

Es wird getrennt abgestimmt.

Zweitwohnungssteuer: 17 J 2 N (J. Bauer, Klinghoffer) 5 E (Rest BFB, AfD)

Ü-Steuer: 21 J 3 E (AfD)

TOP 4; Fr. Sturm zur Vorberatung, wäre eine Senkung des Beitrags möglich? Sie erinnert an brennende Ölquellen. Klimaschutz kein Sternchenthema.

Längere Ausführungen von Fr. Sturm zu vielen Themen, Unruhe im Gremium; Hr. Mäule zur Qualität des ÖPNV, es werde nur zusätzliche Subvention abgebaut.

Hr. Dobler findet 30000 Fahrten nicht wenig. D-Ticket kein Argument zur Abschaffung.

Hr. Michelfelder zum Umstieg aufs Rad

Dr. Ulfert zur Finanzierung anderer Maßnahmen, Sparmöglichkeiten propagieren; Bus fährt trotzdem.

Hr. Vollmer zum Klimaschutz, aber man habe sich bei Konsolidierung geeinigt. Franke will Unterbrechung.

Protokoll der Gemeinderatsitzung Donnerstag 18. Juni 2026

Fr. Kutteroff meint, dass betroffener Personenkreis weiterhin den Bus nutzt.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten geht es weiter. Krisenmeeting bei der SPD.
Anmerkung von Fr. Kress, eine fünfstellige Summe beim Anwohnerparken machte vorhin nicht viel aus, Prioritäten.
Der OB stellt richtig, das habe man so nicht gesagt. EBM Setzer präzisiert.

Das Parkkonzept brauche Vorbereitungszeit. Man setze auf breite Mehrheit, so der OB. Die Beschlussvorlage wird abgestimmt. 17 J (auch Gül), 3 N (Dobler, Härtner, Sturm), 4 E (Kirschbaum, Dr. Schweizer, Franke, Kress)

TOP 5 einstimmig

TOP 6 Kenntnisnahme des Berichts

#Backnang

TOP 7 Statement des OBs zu Protokoll, potenzielle Chance zur Förderung; Hr. Härtner fragt zum vorhandenen Versorger

Im Zuschussantrag geht es nur um den Invest und die Förderung, man kann später noch an Fernwärme anschließen. Im Vordergrund stünde Sanierung.

#Backnang

Konzept im Aufsichtsrat Bäder beschlossen, Möglichkeit der 75% Förderung.

Prof. Brunold zum Sanierungsstau nach nur 12 J. Betrieb. Mängel und Unzufriedenheiten der Besucher.

Durch den Antrag sinnvolle Förderung, so Hr. Mäule, notwendiger Zukunftsinvest.

TOP 8-12 sind unbesetzt.

TOP 13, Anfragen

Härtner zu Blühwiese am Bahnhof, warum gemäht? Schöne Blühwiesen; außerdem Fahrradweg nach Aspach in katastrophalem Zustand. Man dürfe nicht durch die Sperrung, so der OB. Hr. Kaltenleiter zum Blühstreifen, an der Straße wegen Sichtbeziehung zweimal abgemäht.

Man bekäme aber nochmal im September eine Blüte. Bei der Sperrung offizielle Umleitung, man müsse mit dem RP sprechen. Brücke zum DD-Ring noch obsolet, daher keine andere Mögl.

Hr. Gül zum Artikel in der BKZ, Rampe von Aspach Ri. Oppenweiler gesperrt wg. hohem Verkehrsaufkommen,

außerdem zum Verhindern des Linksabbiegens;

Hr. Mäule zum Problem des Rückstaus im Bereich Krähenbach. Fahrtbeziehung bis maximal Sommerpause bis Rampe hergestellt. Es müssen hohe Verkehrsmengen geleitet werden.

Würde sich der Stau nicht nach vorne verschieben, fragt Hr. Gül.

An der Verkehrsführung am Ring werde noch etwas geändert, so Hr. Mäule; auf Situation reagieren.

Dr. Balz zu den Blühflächen, durch selteneres Mähen Geld sparen. Hr. Kaltenleitner bejaht dies für andere Flächen. Am Bahnhof gehe es um Verkehrssicherheit. Ende öff. Teil um 21.24 h.